

GWPF klagt die Regierung an: Sie leistet Strompreisen und der Energie-Armut erheblich Vorschub

geschrieben von Chris Frey | 22. Februar 2021

Summary

Die Kosten der Klimapolitik erhöhen die Energierechnungen um 10 Milliarden Pfund pro Jahr, die überproportional von ärmeren Menschen bezahlt werden.

Strompreise liegen um 40 % höher als ohne die Politik der Regierung

Menschen, die elektrisch heizen, zahlen bis zu £500 pro Jahr mehr

Während die Regierung immer mehr politische Kosten auf die Energierechnungen aufschlägt und die Verbraucher mit unerbittlichen Preissteigerungen konfrontiert werden, um für erneuerbare Energien und Notstrom zu bezahlen, hat die Regierung ihre neueste Politik zur Bekämpfung der Energiearmut veröffentlicht (*Sustainable Warmth: Protecting Vulnerable Households in England*).

Die Regierung ist eindeutig besorgt über die kombinierte Auswirkung von Abschalt- und Klimapolitikkosten auf einkommensschwache Haushalte und hat eine Reihe von Maßnahmen veröffentlicht, die diesen Verbrauchern Erleichterung verschaffen sollen. Die angekündigten Maßnahmen sind jedoch unzureichend und weichen dem Hauptproblem aus: der zunehmenden Belastung durch die steigenden Kosten der grünen Energiepolitik auf den Stromrechnungen.

Die Kosten der Klimapolitik erhöhen die nationale Stromrechnung um mehr als 10 Milliarden Pfund pro Jahr, wovon etwa ein Drittel von den Haushalten direkt über die Stromrechnung bezahlt wird, was den Preis um etwa 40 % (hier) im Vergleich zu dem Preis erhöht, der ohne die Politik angefallen wäre.

In Großbritannien gibt es ca. 2,2 Mio. Haushalte, die Strom zum Heizen verwenden. Davon befinden sich etwa 1,8 Mio. in England. Diese Haushalte haben in der Regel ein geringeres Einkommen, etwa ein Drittel hat ein Jahreseinkommen von weniger als £14.500 pro Jahr. Geht man von einem Preis von etwa £180/MWh (18p/kWh) aus, zahlt ein elektrisch beheizter Haushalt etwa £1.800 pro Jahr für die Heizung, wovon etwa £500 pro Jahr auf die Klima- und Energiepolitik entfallen.

Dr. John Constable, der Energieredakteur der GWPF, sagte:

„Das Problem der Energiearmut, das elektrisch beheizte Haushalte mit

niedrigem Einkommen betrifft, ist größtenteils das Ergebnis der Regierungspolitik und insbesondere der jährlichen Subventionskosten für erneuerbare Energien in Höhe von 10 Milliarden Pfund, von denen ein Drittel die Haushalte über ihre Stromrechnungen und der Rest über die allgemeinen Lebenshaltungskosten berappen müssen, da die Unternehmen ihre Kosten weitergeben.

Die Maßnahmen von Herrn Kwarteng sind völlig unzureichend, kratzen kaum an der Oberfläche des Stromrechnungsproblems und lassen das durch seine Klimapolitik verursachte Problem der Lebenshaltungskosten völlig unangetastet. Da Großbritannien auf elektrische Heizungen umsteigt, um die Emissionen zu reduzieren, wird dieses ohnehin schon ernste Problem nur noch schlimmer werden.“

Note for editors and bloggers

For further information:

- * Green energy costs and fuel poverty
- * GWPF calls on Government to suspend £10 billion green levy on suffering households
- * Britain faces fuel poverty crisis as 7 million households face energy debt
- * Rising electricity prices are forcing Britain's poorest to underheat their homes

Link:

<https://www.thegwpf.com/gwpf-accuses-government-of-driving-up-electricity-prices-and-energy-poverty/>

Übersetzt von Chris Frey EIKE